



**BID Bundesarbeitsgemeinschaft  
Immobilienwirtschaft Deutschland**

c/o ZIA Zentraler Immobilien  
Ausschuss e.V.  
Unter den Linden 42  
10117 Berlin

[www.bid.info](http://www.bid.info)

Pressekontakt:  
André Hentz  
Stv. Pressesprecher des ZIA

Tel.: 030 / 20 21 585 - 23  
[andre.hentz@zia-deutschland.de](mailto:andre.hentz@zia-deutschland.de)

## **BID fordert Immobiliengipfel für 2018**

**Berlin, 7. November 2017.** Angesichts der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen fordern die großen Verbände der Immobilienbranche einen Immobiliengipfel mit der nächsten Bundesregierung. „Vor dem Hintergrund der angespannten Immobilienmärkte in Deutschland müssen die zentralen Themen für die nächste Legislaturperiode endlich auf den Tisch“, meint Dr. Andreas Mattner, Vorsitzender der BID und Präsident des ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss. „Ein Immobiliengipfel mit allen relevanten Akteuren wäre ideal dafür geeignet, den Katalog an Maßnahmen für bezahlbares Wohnen und Bauen auch in konkrete Taten umzusetzen“, meint Mattner und bewertet die ersten Ergebnisse der Sondierungen positiv.

„Die abschließenden Sondierungsgespräche sollten den Grundstein für einen nationalen Aktionsplan für ‚Mehr Wohnungsneubau, mehr Wohneigentum und weniger Regulierung‘ bilden“, sagt **Jürgen Michael Schick**, Präsident des Immobilienverbandes IVD. Ein wesentlicher Punkt bei den Verhandlungen werde die Mietpreisbremse sein. „Die Mietpreisbremse, die derzeit in 313 Städten und Gemeinden gilt, gehört abgeschafft. Sie hat nicht eine einzige neue Wohnung geschaffen. Falls die Verhandlungspartner die Mietpreisbremse nicht ersatzlos streichen möchten und ein anderes Instrument entgegengesetzen wollen, haben wir eine Lösung parat. Es sollte eine ‚Agenda für mehr Neubau‘ dagegengesetzt werden. Denn nur die Ausweitung des Wohnungsangebots kann der richtige Weg sein“, so Schick.

„Zu den zu besprechenden Maßnahmen gehört unter anderem die Verbesserung der steuerlichen Abschreibung bei der energetischen Sanierung, die Erhöhung der linearen AfA auf sachgerechte drei Prozent, die Senkung der Grunderwerbsteuer sowie eine Reform der Grundsteuer mit Augenmaß“, so **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. „Diese und andere Instrumente müssen bei einem solchen Immobiliengipfel thematisiert werden. Nur so erreichen wir unser gemeinsames Ziel des bezahlbaren Wohnens und Bauens und einer Senkung der Baukosten.“

„Die Erweiterung und Ausgestaltung der bestehenden Musterbauordnung etwa kann die serielle Bauweise im Wohnungssegment erheblich erleichtern. Darüber hinaus muss auch die Anpassung der TA Lärm an heutige Anforderungen des Städtebaus auf der politischen Tagesordnung der neuen Legislaturperiode stehen, damit das Ziel einer Stadt der kurzen Wege erreicht werden kann. Neben einer Erweiterung der Wohneigentumsquote benötigen wir endlich auch eine Reform des Wohnungseigentumsgesetzes, um die Flut der Rechtsprozesse einzudämmen“, so **Wolfgang D. Heckeler**, Präsident des Dachverbandes Deutscher Immobilienverwalter.

In der laufenden Legislaturperiode wird zudem wie in der Vergangenheit auch das Thema Klimaschutz im Gebäudesektor auf der Agenda stehen. Hier kam es in der Vergangenheit zu erheblichen Kostensteigerungen für

den Neubau und Bestand. „Künftig benötigen wir mehr Augenmaß der Politik. Wirtschaftlichkeit und Technologieoffenheit müssen bei sämtlichen neuen Ideen die oberste Prämisse haben“, meint **Mattner**. „Nicht das schärfste Ordnungsrecht ist das beste, sondern das intelligenteste.“ So stellt etwa die EnEV 2016 für mehrere Nutzungsarten der Immobilienwirtschaft bereits die Grenze des technisch Möglichen dar. Jede weitere Verschärfung würde ausschließlich zu steigenden Herstellungskosten führen, aber keine signifikanten Einsparergebnisse mehr erzielen.

Die Umsetzung der Einsparziele, die im Klimaschutzplan 2050 formuliert wurden, sollte ebenfalls der Immobilienwirtschaft überlassen werden. Die Immobilienwirtschaft hat alternative Vorschläge entwickelt, mit denen der jährliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß anstelle von Gesetzesverschärfungen reduziert werden kann. Der Gesetzgeber sollte diese Alternativvorschläge bei der Entwicklung weiterer klimaschutzpolitischer Maßnahmen zwingend berücksichtigen.

„Was der deutsche Wohnungsmarkt am dringendsten braucht, lässt sich in wenigen Worten auf den Punkt bringen: mehr und vor allem bezahlbare Grundstücke, weniger Normen und Regulierung, eine Abkehr von der Preisspirale bei der Grund- und Grunderwerbsteuer sowie auch nach 2019 eine finanzielle Mitzuständigkeit des Bundes für den sozialen Wohnungsbau. Und wir müssen über Stadtgrenzen hinweg zusammen planen, denn allein in den großen Städten können die Herausforderungen nicht zeitgerecht für die Wohnungssuchenden gelöst werden“, fasst **Gedaschko** zusammen.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter [www.bid.info](http://www.bid.info)